

## **Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft**

Ulf Hahne

Trotz der erheblichen Herausforderungen, vor denen schrumpfende ländliche Räume stehen, gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten, um Nahversorgung, Infrastruktur und Lebensqualität durch neue Lösungen effizienter zu gestalten und neue Wirtschaftsperspektiven zu entfalten. Patentrezepte gibt es nicht und auch die vorgestellten regions- und lokalspezifischen Lösungen sind voraussetzungsvoll.

### **1. Ländliche Räume im Jahrhundert der Städte**

Das 21. Jahrhundert geht als das Jahrhundert in die Geschichte ein, in dem erstmals mehr Menschen in Städten als auf dem Lande leben (UN 2008). Urbanisierung hat sich als Entwicklungspfad mit raschem Produktivitätswachstum und damit verbundenen Versprechungen für die Menschen global durchgesetzt. Dies heißt jedoch nicht, dass ländliche Räume generell geringe Zukunftsmöglichkeiten haben. Um diese Potentiale geht es in diesem Beitrag mit speziellem Blick auf schrumpfende ländliche Räume.

In den entwickelten Industriestaaten ist der Urbanisierungsgrad besonders weit vorangeschritten. Nicht zu überhören sind Stimmen, welche angesichts aktueller Herausforderungen (Globalisierung, Finanz- und Konjunkturkrise) eine höhere Effizienz öffentlicher wie privater Investitionen in urbanen Regionen erwarten und deshalb eine Abkehr von der Förderung nicht-metropolitaner Regionen fordern (Aring / Sinz 2006 für Deutschland, Blöchliger 2006 für die Schweiz, Leunig/Swaffield 2007 für Groß-Britannien).

Diese Debatte übersieht die faktische Entwicklung ländlicher Räume und die Potentiale ihrer Wandlungsfähigkeit. Ländliche Räume bringen ebenso Talente für die Fortentwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft hervor wie urbane Räume, sie erbringen – zumindest in weiten Teilen Westeuropas – vielfältige ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Leistungen, manche von ihnen weisen höhere Wachstumsraten als Metropolregionen auf und zahlreiche wirtschaftliche „hidden champions“ haben ihre Standorte in ländlichen Räumen. Von der Vielfalt ausgehend ist es auch gerechtfertigt, von „ländlichen Räumen“ im Plural zu sprechen – ebenso wie bei Städten auch niemand von einem uniformen Typus ausgeht.

Viele ländliche Räume in Europa sehen sich allerdings mit den Folgen des demographischen Wandels konfrontiert. Hier führen Abwanderung, geringe Geburtenraten und rasch zunehmende Überalterung zu erheblichen Problemen in Wirtschaft und Versorgung. Der Arbeitsmarktsog der Zentren und der demographische Wandel reduzieren in einer Zangenbewegung die Potentiale dieser Räume: Junge Menschen wandern in die Zentren, aber auch wegen immer kleinerer Familien sinkt das Einwohnerpotential ab. Versorgungsdefizite treten im privaten und öffentlichen Bereich zunehmend auf. Einschränkungen öffentlicher und privater Leistungsanbieter verlagern die Kosten auf die Bewohner. Sie müssen nun weitere Wege, mithin einen höheren Zeit- und Kostenaufwand für das Aufrechterhalten ihrer Lebensqualität auf sich nehmen.

Der folgende Beitrag zeigt, dass dieses Bild der Negativspirale für schrumpfende ländliche Räume nicht überall zutreffend ist. Viele ländliche Räume im Schatten von Verdichtungsräumen und in peripheren Lagen entfalten neue Aktivitäten, um die Lebensqualität für ihre Bewohner wie für Gäste, ihre Versorgungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten und mit neuen Ideen auszubauen. Umfragen zeigen die höhere Zufriedenheit der Bewohner vieler ländlicher Räume gegenüber solchen in Großstädten. Viele Wohnstandortentscheidungen fallen in bewusster Entscheidung für ländliche Regionen. Dem Sog der Verdichtungsräume stellen diese ländlichen Räume daher selbstbewusst ihre Qualitäten entgegen: Sie sind attraktiv durch gesündere Lebensbedingungen, höhere Lebenszufriedenheit (Perspektive Deutschland 2006), intelligente Versorgungsstrukturen, regionalisierte Stoff- und Wirtschaftskreisläufe – und vielfach auch durch leistungsfähige Klein- und Mittelstädte, welche als Zentren im ländlichen Raum fungieren. Derartige Regionen haben Vorbildcharakter. Welche Lösungen dieser Regionen können als gute Beispiele zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft vor Ort dienen? Der Beitrag versucht, aus der Vielzahl guter Ansätze einige Grundlinien herauszuarbeiten.

## **2. Gleichwertigkeit, Infrastrukturbereitstellung und Regionalentwicklung**

Gute infrastrukturelle Bedingungen sind eine zentrale Voraussetzung für die Entfaltung menschlicher Aktivitäten in arbeitsteiligen Gesellschaften. Hierzu gehören allgemeine institutionelle Rahmenbedingungen wie die Rechtsordnung sowie die vielfältigen Leistungen der Grunddaseinsvorsorge. Deren Leistungen können grundsätzlich nicht abschließend definiert werden, sie richten sich nach Entwicklungsstand und Möglichkeiten der Gesellschaft und ändern sich daher in der Zeit.

Die Diskussion über die angemessenen Basisleistungen, die flächendeckend bereitgestellt werden sollen, unterliegt Veränderungen in den gesellschaftlichen Wertvorstellungen von Solidarität und räumlicher Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen (Hahne 2005, Brake 2007); sie ist aber auch von technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. So war bis vor wenigen Jahren die Forderung nach einer schnellen Breitbandkommunikationsverbindung noch kein Thema für die Daseinsvorsorge, doch die rasche Entwicklung des Mediums hat u.a. auch die EU-Kommission (2008) zu der Aussage gebracht, dass schneller „Breitbandzugang für alle“ allgemein immer mehr als ein in der Fläche vorzuhaltender „Universaldienst“ angesehen wird.

Menschliche Aktivitäten entfalten sich im Raum, von daher spielen Lage und Erreichbarkeit wichtige Rollen, um dem Gleichwertigkeitsziel und der Schaffung von Teilhabemöglichkeiten für alle nahe kommen zu können. Topographische schwierige Bedingungen und disperse Siedlungsstrukturen erhöhen den Aufwand für die Bereitstellung der physischen Infrastruktur. Zahlreiche Einrichtungen etwa der Bildungs- und Gesundheitsvorsorge benötigen eine Mindestgröße, um differenzierte Leistungen kostengerecht anbieten zu können. Aber auch Ver- und Entsorgung sind als leitungsgebundene Infrastrukturen erst ab bestimmten Anschlussdichten effizient zu betreiben. Sinkt die Zahl der Nutzer unter das technische Minimum, entstehen Zusatzkosten zur Aufrechterhaltung des technischen Standards.

Wo eine Leistungsbereitstellung nicht rentierlich erfolgen kann, kann die Leistung nur durch Transfers ermöglicht werden. Zum Teil geschieht dies über direkte Subventionen (etwa bei der Anbindung abgelegener, aber wichtiger Rohstoffvorkommen), zum Teil über Quersubventionen, bei denen alle Beitragszahler unabhängig von Lage und Auslastung gleiche Beiträge zahlen – eine standort- und damit verursachergerechte Anrechnung also nicht erfolgt.

Es hängt von den Regeln der Gesellschaft ab, ob, in welcher Art und in welchem Umfang sie diese Transfers zur Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse bereitstellt. Die Diskussion ist darüber vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und weiterer Ausdünnung peripherer ländlicher Räume, aber auch angesichts aktueller weltwirtschaftlicher Krisenerscheinungen intensiv zu führen. Ein Vorschlag dazu lautet, dünn besiedelte ländliche Räume ohne Entwicklungsperspektiven abzusiedeln und „Prämien“ für das Verlassen dieser „Schwundstandorte“ zu gewähren (Berlin-Institut 2007). Der Vorschlag verstößt nicht nur gegen das Freiheitspostulat, sondern auch gegen das Sozialstaats- und das Entwicklungsziel. Ein Aufgeben von Regionen hat sowohl die gesellschaftlichen Kosten der Verschwendung vorhandener Infrastrukturen zu verantworten als auch die mögliche Verschüttung von Zukunftserträgen. Externe Effekte wie Optionswerte künftiger Nutzungen sowie die Existenzwerte des Erhalts von Strukturen und Landschaften werden dabei vergessen.

Es gibt Staaten, die sehr viel dünner besiedelte Regionen als Deutschland aufweisen und dennoch ihre extremen Peripherien in das gesellschaftliche Teilhabe- und Versorgungssystem einbinden. Dies beruht z.B. in Schweden nicht nur auf dem sozialstaatlichen Aspekt des regionalen Ausgleichs, sondern zunehmend auch auf dem Gedanken, dass alle Teile des Landes zu Entwicklung und „Lebenskraft“ des Gemeinwesens beitragen sollen (Regeringsproposition 2001). Und dies können viele Teile nur dann, wenn ein „akzeptables Niveau von Serviceleistungen in allen Teilen des Landes“ (ebenda) vorhanden ist. Die Idee findet sich auch im Leitspruch der ländlichen Dorfaktionsbewegung „Hela Sverige ska leva“ (Ganz Schweden soll leben), aber ebenso in Grundsätzen etwa der Arbeitsmarkt- oder Telekommunikationspolitik.

Schweden hat dabei – wie andere Staaten auch – in den letzten Jahren ein Schwenk in der Politik für die ländlichen Räume gemacht: An die Stelle einer auf bestimmte periphere Regionen abzielenden selektiven Politik ist eine neue Regionalpolitik getreten, welche die Wachstumsbeiträge aller Regionen abfordert – und dabei die peripheren Gebiete mit einschließt. Eine derartige Neuausrichtung der Regionalpolitik in Richtung effizienter Beiträge zur Gesamtentwicklung der Gesellschaft findet sich ebenso auch in Norwegen (Quiogue 2005) und in der Schweiz (Egger 2007). In der Schweiz wurde dabei zudem thematisiert, welche Options- (z.B. Trinkwasserspeicher, Klimafunktionen) und Existenzwerte Landschaften für die Gesellschaft erbringen, ohne dass diese Leistungen den bereitstellenden Regionen entgolten werden (vgl. die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms NFP 48: Simmen/Walter/Marti 2006).

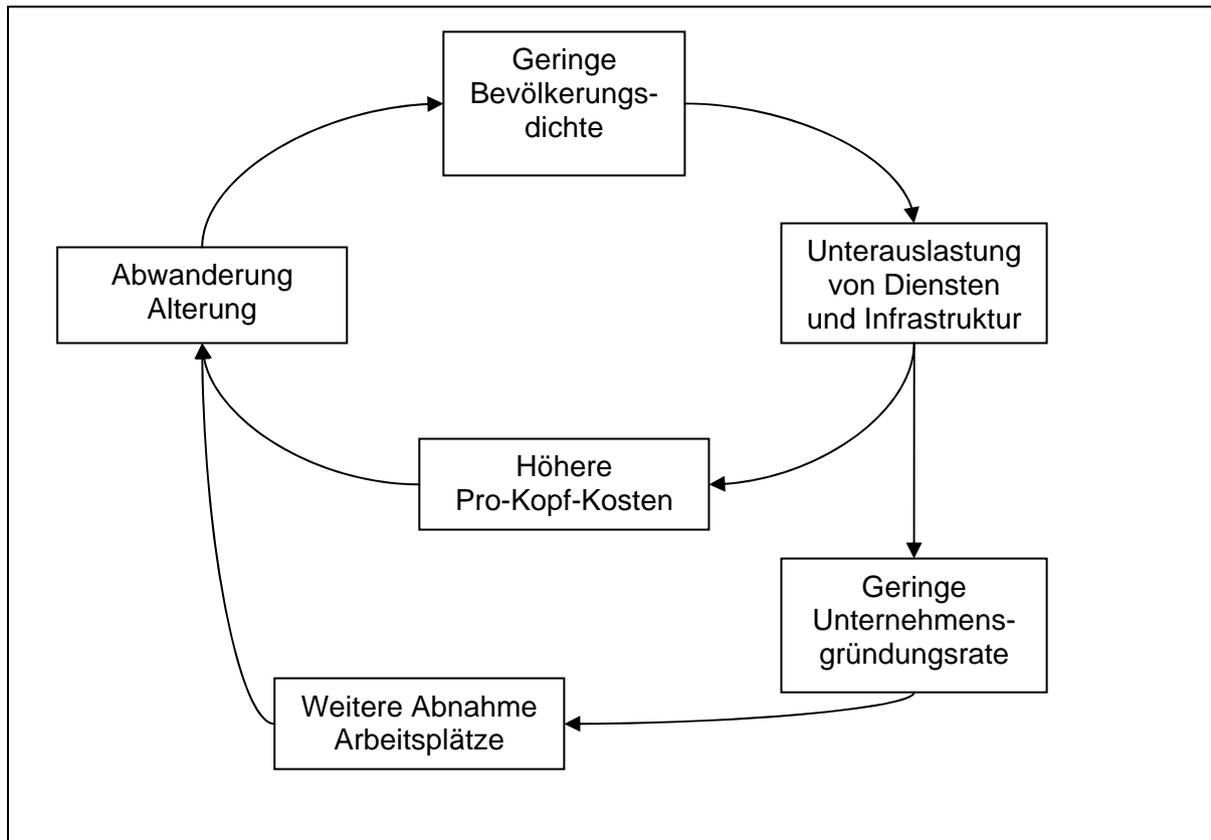
Den Ansprüchen nach Teilhabe und Sozialgerechtigkeit stehen in der aktuellen Debatte ebenso berechnete Fragen nach Gegenwerten, aber auch nach Effizienz, Kosten und Umfang der Infrastrukturen in den peripheren ländlichen Gebieten gegenüber. Diese Fragen werden bei weiter rückläufiger Einwohnerzahl und damit sinkender Pro-Kopf-Auslastung von Infrastrukturen immer wieder neu gestellt werden. Interessant ist dabei auch die Debatte, dass nicht nur ländliche Peripherien abgehängt werden, sondern auch innerhalb der Städte ein unterschiedlicher Qualitätsausbau und –abbau vonstatten geht, so dass bestimmte Quartiere ebenfalls veralten und sozial benachteiligt werden (These des „splintering urbanism“, Graham/Marvin 2001).

### **3. Grundlegende Anpassungsoptionen im Bereich von Versorgung und Infrastruktur**

Die Anpassungsfähigkeit bei Versorgung und Infrastruktur hängt prinzipiell von der Flexibilität und Modularität der eingesetzten Systeme ab. Zentrale Ver- und Entsorgungssysteme sind aufgrund der hohen Vorleistungen in Leitungssysteme und technische Kapazitäten der Bereitstellung beziehungsweise Entsorgung auf lange Laufzeiten ausgelegt und nur in bestimmten Maße an rückläufige Auslastungen anpassungsfähig. Eine

schrumpfende Nutzerzahl erhöht häufig die Kosten, da der Aufwand zum Erhalt der technischen Funktionsfähigkeit steigt (Koziol 2006). Aus Bevölkerungsrückgang, geringer Auslastung und steigenden Pro-Kopf-Kosten entsteht eine Negativspirale (Abbildung 1). Fatal wird es, wenn die Systeme erst vor kurzem installiert und noch auf Wachstum ausgelegt sind, wie dies vielfach in Deutschland in den neuen Bundesländern geschehen ist. Hier laufen bei rückläufiger Bevölkerungszahl die Kosten davon (Moss 2008).

**Abb. 1: Teufelskreis der Schrumpfung**



Grundlegend lassen sich einzelne Anpassungen von Leistungen – etwa durch Verkleinerung oder Zusammenlegung – sowie integrierte Lösungen unterscheiden. Letztere zeichnen sich durch Kombination und Bündelung verschiedener Teilbereiche der Daseinsvorsorge aus. Immer geht es um eine Neutarierung der Verhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage. Eine Reihe von Forschungen hat die grundlegenden Anpassungsmöglichkeiten aufgezeigt (Thrun 2003, BMVBW / BBR 2005). Die Anpassungsoptionen lassen sich grundsätzlich in folgender Weise systematisieren (Abbildung 2).

**Abb. 2: Grundlegende Anpassungsoptionen im Bereich Versorgung**

<b>Anpassungsoption</b>	<b>Ansatzpunkt</b>	<b>Zielrichtung</b>	<b>Beispiele</b>
<b>Verbesserung der Erreichbarkeit</b>	Steigerung der individuellen Mobilität	People to service	Optimiertes Nahverkehrsnetz mit Taktfrequenz
<b>Flexibilisierung / Verkleinerung</b>	Technische / organisatorische Angebotsanpassung	Kleiner und flexibler	Kleinbusse, Anrufsammeltaxi, Zwergschulen
<b>Bündelung</b>	Multifunktionalität	Kopplungsvorteile	Nachbarschaftsladen
<b>Temporäre Versorgung</b>	Zeitliche Nachfragebündelung	Zeitpunktbezogene verlässliche Versorgung	Wochenmarkt, Sprechstunden
<b>Mobile Versorgung</b>	Mobilität des Angebots	Service to people	Bäckerwagen, mobile Bücherei, Fachlehrermobilität
<b>Dezentralisierung</b>	Verkleinerte Einzugsgebiete	Dezentrale Effizienz, Flexibilität	Dezentrale Energie, Bürgerbüros
<b>Zentralisierung</b>	Vergrößerte Versorgungsgebiete	Zentrale Effizienz	Einkaufszentren, Verwaltungsgemeinschaften

Quelle: Eigene Zusammenstellung 2008

- Verbesserung der Erreichbarkeit

Physische wie kommunikative Erreichbarkeit stellt sowohl für die Lebensqualität der Bevölkerung als auch für die wirtschaftliche Entwicklung eine zentrale Voraussetzung dar. Die Verbesserung der physischen Erreichbarkeit in der Region ermöglicht den Nachfragern verbesserten Zugang zu den Angeboten der Region. Dadurch wird der Kaufkraftabfluss aus der Region vermindert und die Auslastung der Angebote in der Region erhöht. Die Erreichbarkeit lässt sich durch bessere Verkehrsanbindungen im Individualverkehr und optimierte Netze im öffentlichen Personennahverkehr vergrößern. In Gesellschaften mit sehr hohem Grad individueller Automobilität kommt guten Straßenverbindungen eine zentrale Funktion bei Erreichbarkeitsverbesserungen zu. Neben der Erreichbarkeit spielt auch die Lage der aufzusuchenden Angebote zueinander eine Rolle (siehe auch Bündelung und Zentralisierung).

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist der Zugang zum überregionalen Straßen- und Schienennetz zentral: Einerseits für die Arbeitskräfte, um zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen, andererseits für die Unternehmen, um ihre Leistungen den Anforderungen der Kunden gemäß zeitgerecht abliefern zu können.

Erreichbarkeit meint schließlich auch die technische Anbindung im Kommunikationswesen. Hier sind rückständige Verbindungsausbauten eine Benachteiligung für die wirtschaftliche wie für die persönliche Entwicklung.

- Verkleinerung

Reicht die Nachfrage für eine größere Einrichtung nicht mehr aus, so kann sie durch Verkleinerung an die veränderte Nachfrage angepasst werden, ohne dass sie gänzlich aufgegeben wird. So lassen sich etwa im öffentlichen Nahverkehr kleinere Busse einsetzen, bevor bei weiterem Nachfragerückgang Anrufbusse und Anrufsammeltaxis das Angebot

aufrechterhalten. Bei fortgesetzter Schrumpfung stellt die Verkleinerung häufig nur eine temporäre Anpassung dar. Sinkt die Größe der Einrichtung noch weiter ab, nämlich unter betriebswirtschaftlich bzw. technisch notwendige oder gesellschaftlich festgelegte Mindeststandards, so sind andere Lösungen anzustreben.

#### - Bündelung

Sinkt die Auslastung einzelner Angebote unter den jeweiligen betriebswirtschaftlich notwendigen Mindestumsatz, so kann die Bündelung unterschiedlichster Güter und Dienste unter einem Dach eine geeignete Auffanglösung darstellen. Durch die Kopplung verschiedener Geschäftszweige bei einem Anbieter wird damit die betriebswirtschaftliche Rentabilität gesteigert. Typische Bündelungen finden sich z.B. zwischen Einzelhandel, Postdiensten, Annahmestelle für Lotto, Wäsche oder Versandhandelsbestellungen.

Bündelungen ergeben sich häufig auch durch Weiterentwicklungen bestimmter Angebotsformen, z.B. bei Kleinanbietern wie Kiosken oder bei Tankstellen, deren Sortiment sich um immer weitere Dinge des täglichen Bedarfs erweitert.

#### - Temporäre Versorgung

Temporäre Versorgung ist eine Angebotsform, die in ländlichen Räumen seit langem verbreitet ist. Wochen- und Jahrmärkte sind typische Beispiele der zeitlichen Bündelung von Angeboten und Nachfrage. Doch auch Angebote mit täglichen Öffnungszeiten können durch Einschränkung der Öffnungszeiten den Betriebsaufwand (Personal, Energie) reduzieren, um sich einer sinkenden Nachfrage anzupassen. Verringerte Nachfrage kann hier durch die verkleinerte zeitliche Verfügbarkeit der Angebote ausgeglichen werden, wenn die Fixkosten des Angebotes dieses erlauben.

Zugleich ermöglicht die entstehende Zeitverfügbarkeit auf Angebotsseite den Anbietern (etwa im Bereich der gesundheitlichen Dienste), ihr Angebot durch Ausdehnung der Einzugsbereiche auszulasten. Hierzu bietet sich die Kombination mit weiteren Standorten (siehe Dezentralisierung) oder mit mobilen Leistungen (siehe mobile Versorgung) an.

Angesichts stark schwankender Jahrgangsstärken in ländlichen Gemeinden ist Flexibilität auch bei der Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sinnvoll. Dabei werden situationsbedingt entsprechende Einheiten eröffnet oder reduziert.

#### - Mobile Versorgung

Die mobile Versorgung gehört zu den klassischen Lösungen der Versorgung ländlicher Räume. Hier bewegen sich die Güter und Leistungen zu den Kunden, anders als bei anderen genannten Lösungen wie „Verbesserung der Erreichbarkeit“ oder „Zentralisierung“, wo der Mobilitätsaufwand von den Kunden zu leisten ist. Fliegende Händler, aber auch der Landarzt sind Beispiele, die schon über mehr als ein Jahrhundert in ländlichen Räumen bekannt sind. Jüngere Beispiele sind mobile Büchereien, welche in den 1950er Jahren in Dänemark und im nördlichen Schleswig-Holstein eingeführt wurden, um die Volksbildung auf dem Lande zu verbessern. Heute ist ein Großteil der Güter des täglichen wie des langfristigen Bedarfs im Versandhandel zu beziehen.

Mobile Versorgung ist häufig eine Auffanglösung nach dem Wegfall stationärer Angebote. In die entstehende Versorgungslücke stoßen mobile Versorger wie Bäckereien oder Bauern.

#### - Dezentralisierung

Die Aufteilung der Angebote in kleinere Versorgungseinheiten kann sich aus neuen technischen, ökonomischen oder organisatorischen Möglichkeiten ergeben. Neue Technologien ermöglichen die dezentrale Bereitstellung von Energie, lokale Kläranlagen können bei sinkender Abwassermenge die kostengünstigere Lösung gegenüber langen leitungsgebundenen Zentralsystemen sein. Auch im Bereich Verwaltung können dezentrale

Bürgerbüros die Wege für die Bürger verkürzen und so die Lebensqualität (bei gleichzeitiger Senkung von Fahrtkosten und -zeiten) erhöhen. Im Bereich der Berufsbildung können z.B. spezialisierte dezentrale Angebote in Zusammenarbeit mit örtlich ansässigen Firmen Sinn machen.

#### - Zentralisierung

Sind Versorgungseinheiten unterausgelastet, so bietet sich als kostenorientierte Lösung die Zusammenlegung als Option. Die Zentralisierung ermöglicht größere und differenziertere Angebotseinheiten, vergrößert aber die Einzugsbereiche und erfordert deshalb höhere Wegeaufwendungen. Um hier Kompensationen zu schaffen, ist die Begleitung durch Verbesserungen der Erreichbarkeit und mobile sowie dezentrale Lösungen sinnvoll. Geht die Zentralisierung mit der Bündelung mehrerer Angebote einher, so werden hierdurch ländliche Räume grundlegend neu strukturiert. Entsprechend sind derart weitgehende Zentralisierungen häufig umstritten und müssen gut überlegt und kommuniziert sein.

Unabhängig von der Frage der Anpassungsoption ist jeweils zu prüfen, ob die Leistungen von öffentlicher Seite erbracht werden müssen, oder ob öffentlich-private Organisationsformen oder gänzlich private Lösungen möglich sind. Dabei ist auch zu bedenken, dass öffentliche Angebote privates Engagement reduzieren: Solange der Staat Leistungen anbietet, wird der Bürgereinsatz – etwa der selbst organisierte Bürgerbus – auf sich warten lassen.

#### **4. Zentrale Orte – das raumplanerische Bündelungsprinzip**

Vor dem Hintergrund starker Schrumpfung wird häufig auch das raumplanerische Konzept der Zentralen Orte in Frage gestellt. Das Zentrale-Orte-Konzept ist ein planerisches Konzept zur aktiven Gestaltung der Siedlungsstruktur durch den Staat und hat insbesondere in ländlichen Regionen (mit einer bestimmten Mindesteinwohnerdichte) für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Bündelung von Einrichtungen in zumutbarer Entfernung zu den Wohnplätzen der Bewohner beizutragen (Blotevogel 2005). Soweit es durch die Schaffung von „Auffangorten“ (wozu insbesondere die Mittelzentren dienen sollten) zu einer Verminderung der Abwanderung aus ländlich-peripheren Regionen geführt hat, hat es auch die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung des Gesamttraums gefördert. Insofern spielt das Konzept auch unter den heutigen Aspekten der normativen Grundsätze von Nachhaltigkeit und Kohäsion eine wichtige Rolle. Deshalb sollte grundlegend am Prinzip der dezentralen Konzentration festgehalten werden.

##### Dezentrale Konzentration

- vermindert den Flächenverbrauch,
- reduziert Erschließungsaufwendungen,
- begünstigt wachstumsfördernde Verdichtungen,
- ermöglicht gebündelte Angebote,
- reduziert die Versorgungswege und
- senkt damit Transportkosten und klimaschädliche Emissionen,
- ermöglicht Bündelungen der öffentlichen Infrastruktur,
- bietet Fixpunkte für einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr und
- verbessert die Bedingungen für einen flächenhaften Ressourcenschutz.

In Teilregionen mit extrem dünner Besiedlung ist es nicht möglich, das theoretisch erforderliche hierarchische Netz von Zentralen Orten aufrechtzuerhalten. Für

betriebswirtschaftlich sinnvolle Mindesttragfähigkeiten wären außerordentlich große Verflechtungsbereiche notwendig, was das System in Widerspruch zu Erreichbarkeitszielen und effizienten Verkehrssystemen führt. Diese Grundprobleme werden noch verschärft durch den demographischen Wandel. Hier stellt sich die Frage nach geeigneter Loslösung vom Zentrale-Orte-Prinzip.

Für die Lösung individueller Problemlagen bieten sich die oben genannten Anpassungslösungen an, konkrete Beispiele werden im Späteren genannt. Um Kopplungseffekte zu erreichen, sollte das Bündelungsprinzip jedoch möglichst beibehalten werden. Hierzu bieten sich zwei Strategien an:

- Ausweisung von strategischen Orten mit Funktionsbündelung als Stabilisierungskernen unter Rücksichtnahme auf die bestehende Siedlungsstruktur
- Funktionsbündelung an Verkehrsknotenpunkten in Abkehr von der bestehenden Siedlungsstruktur.

Während das erste Prinzip weitgehend an zentralörtlichen Vorstellungen festhält, bricht das zweite Prinzip radikal mit der Kopplung zwischen Siedlungs- und Versorgungsstruktur. Grundansatz ist es hier, die veränderte technologische Mobilität zu akzeptieren und die hohe Individualmobilität als Basis eines neuen Netzes zugrundezulegen. Das mobilitätsbasierte Prinzip stellt allein auf Erreichbarkeitsknoten ab, bei denen keine Siedlungsverdichtung vorliegen muss. An diesen Knoten können Funktionen gebündelt werden, als wichtigstes sind hier die Versorgung mit Brennstoffen für den Individualverkehr (Tankstelle) und Gütern des täglichen Bedarfs zu nennen. Zugleich können diese Knotenpunkte auch als Sammelstellen für den schnellen Überlandverkehr im öffentlichen Verkehrsnetz dienen. Diese Lösung wird in extrem dünn besiedelten Regionen etwa Schwedens und Finnlands seit längerem verfolgt.

## **5. Lösungsansätze für die Nahversorgung**

Im Bereich der Nahversorgung im Lebensmitteleinzelhandel lassen sich derzeit zwei widerstreitende Entwicklungen feststellen: Einerseits hält das Sterben kleiner selbständiger Einzelhandelsläden im ländlichen Raum an. Andererseits nehmen die Bemühungen des Einzelhandels um Nahversorgung in Kleinläden wieder zu, da in einer Erwerbsgesellschaft mit zunehmender Zeitknappheit und in einer älter werdenden Gesellschaft die Bequemlichkeit (Convenience) eines gut erreichbaren und ausreichend sortierten Angebots immer wichtiger wird (Breuer et al. 2007).

In ländlichen Einzugsgebieten mit weniger als 1.000 Einwohnern im unmittelbaren Nahbereich ist die Nahversorgung weitgehend gefährdet. Hierzu tragen Mobilität der Verbraucher und veränderte Angebotsformen des Einzelhandels gleichermaßen bei. Eine auskömmliche Rentabilität können Kleinstgeschäfte mit geringen Umsätzen dabei kaum mehr erzielen. Seit mehr als 20 Jahren werden daher Ansätze erprobt, um die Nahversorgung auch in dünner besiedelten Regionen sicherzustellen. Auch hier kamen die Impulse aus den nordischen Ländern (Priebis 1990), in Deutschland sei vor allem an das Projekt „Nachbarschaftsladen 2000“ erinnert (BMBau 1990, 1995; Hessisches Ministerium 1994).

Durch den demographischen Wandel hat sich das Problem in vielen ländlichen Bereichen verschärft, so hat mancher im obigen Versuch geförderte Nachbarschaftsladen inzwischen wieder schließen müssen (z.B. Hennersdorf in Sachsen). Aktuell werden sowohl von privater als auch von öffentlicher Seite aus neue Ansätze unternommen, um die Nahversorgung mit kleinflächigem Lebensmitteleinzelhandel sicherzustellen. Zu erwähnen sind u.a.:

- „Um's Eck“ ist eine Nahversorgungsinitiative, die von drei Großhändlern in Süddeutschland gestartet wurde; sie umfasst die Belieferung von derzeit ca. 200

selbstständigen kleineren Lebensmittelmärkten (unter 400 qm Verkaufsfläche) und Convenience-Shops in Bayern und im nördlichen und östlichen Baden-Württemberg.

- Ausgehend von den Dorfläden Bendingbostel, Otersen und Wulmstorf im Landkreis Verden hat sich in Niedersachsen im Jahr 2004 das „Dorfladen“-Netzwerk als Landesinitiative formiert. Das Netzwerk gibt die Erfahrungen, die mit den jüngeren Dorfläden gemacht wurden, innerhalb des Netzwerks sowie an Interessierte weiter. Der Austausch hilft, Fehler zu vermeiden und Probleme zu bewältigen.
- „Komm-In“ sind Nahversorgungszentren in Baden-Württemberg, die unter kommunaler Betreiberschaft verschiedene Aktivitäten bündeln.
- DORV heißt eine rein private Initiative in Nordrhein-Westfalen, die im Folgenden ebenso genauer vorgestellt wird wie das Konzept
- „MarktTreff“ – ein in Schleswig-Holstein mit massiver Unterstützung durch das Land vorangebrachtes Konzept, Nahversorgung und Dorftreffpunkt neu zu etablieren.

#### *MarktTreff Schleswig-Holstein*

Im Rahmen der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung hat das Land Schleswig-Holstein das Projekt „Ländliche Dienstleistungszentren – MarktTreff“ im Jahr 1999 begonnen. Ziel ist es seither, in kleinen Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 700 und 1.900 Einwohnern und fehlender oder extrem gefährdeter Grundversorgung eine neue Versorgungsstruktur herzustellen. Der Doppelname „MarktTreff“ macht die beiden zentralen Elemente des Konzeptes deutlich: Zum einen soll der MarktTreff ein Marktplatz mit Angeboten der Nahversorgung und von Dienstleistungen sein, zum anderen soll er der Dorfgemeinschaft als Treffpunkt dienen. Je nach Ausgestaltung vor Ort besteht jeder MarktTreff aus unterschiedlichen Komponenten der drei Säulen Kerngeschäft, Dienstleistungen und Treffpunkt (siehe Abbildung 3).

**Abb. 3: Säulen des MarktTreffs Schleswig-Holstein**

<b>Kerngeschäft</b>	<b>Dienstleistungen</b>	<b>Treffpunkt</b>
Lebensmittelmarkt	Lotto / Toto	Klönen
Bäckerei	Postservice / Postagentur	Kursangebote /
Getränkemarkt	Versicherung	Fortbildung
Direktvermarkter regionaler Produkte	Bankdienstleistung	Ausstellungen
Partyservice	Annahmedienste	Veranstaltungen
Gastronomisches Angebot	Gesundheitsdienste	Dorfgemeinschaftshaus
Bistro	Sozialstation	
Café	Tourismusinformation	
	Gemeindebüro	
	Gemeindebibliothek	
	Gemeindearchiv	
	Dorfmuseum	
	Bauhof	

Quellen: eigene Zusammenstellung nach: Ministerium für Landwirtschaft Schleswig-Holstein 2006; [www.markttreff-sh.de](http://www.markttreff-sh.de) [Zugriff: 7.12.2008]

MarktTreffs beruhen in der Regel auf einem Mix von privatwirtschaftlichem Handeln, bürgerschaftlichem Engagement und öffentlichen Funktionen. Für den jeweiligen Standort wird ein professionell erarbeitetes Gesamtkonzept für alle drei Säulen verlangt. Im Marktbereich ist die Basis ein Lebensmittelgeschäft mit eigenständigen Einzelhändlern, die Belieferung erfolgt meist durch größere Handelsgesellschaften. Voraussetzung dafür sind Standortanalysen zu Standort und Konkurrenzsituation, ausgearbeitete Betriebskonzepte der Betreiber und qualifizierte Berechnungen zum Umsatzpotential. Von der Gemeinde wird eine aktive Unterstützung des Konzeptes verlangt, die bürgerschaftliche Mitwirkung ist eine weitere Voraussetzung für den Fördereinsatz des Landes.

Begleitet wird das gesamte Vorhaben von den Ämtern für ländliche Räume. Für die Erarbeitung der Gesamtkonzepte sowie für bauliche Investitionen stellt das Land erhebliche Fördersummen zur Verfügung. Antragsteller für bauliche Investitionen kann aber nur die Gemeinde sein, die so in eine längerfristige, nämlich zwölfjährige Zweckbindung gerät und damit Gewährsträger für den MarktTreff wird. Einige Gemeinden haben zur Trägerschaft auch Vereinskonstruktionen gewählt. Je nach Einzugsbereich, Einwohnerstärke und Umsatzpotential bieten sich unterschiedliche Modelle an. Abbildung 4 liefert einige Grunddaten zu den verschiedenen MarktTreff-Modellen.

**Abb. 4: MarktTreff-Modelle und Orientierungsdaten**

	<b>MarktTreff S</b>	<b>MarktTreff M</b>	<b>MarktTreff L</b>	<b>MarktTreff XL</b>
<b>Verkaufsfläche in qm</b>	75	125	200	300
<b>Funktionen</b>	Marktfunktion eingeschränkt, starke Trefffunktion	gleichrangige Markt- und Trefffunktion	gleichrangige Markt- und Trefffunktion	starke Marktfunktion, angepasste Trefffunktion
<b>Mindesteinwohnerzahl im Einzugsgebiet</b>	1.000	1.500	2.000	3.000
<b>Umsatzpotential</b>	unter 300.000 €	300.000 bis 500.000 €	500.000 bis 750.000 €	über 750.000 €
<b>Wirtschaftliche Potentiale</b>	Kostendeckung bei minimiertem Kostenaufwand	Kleiner Ertrag bei straffem Kostencontrolling	Ertrag bis zu 25.000 €	Ertrag bis zu 40.000 €
<b>Perspektive für Betreiber</b>	nur Zusatzverdienst	im Nebenerwerb möglich	Kostendeckung, angemessene Rendite	Vollexistenz, angemessene Rendite
<b>Konsequenzen für die Gemeinde</b>	kontinuierliche Unterstützung	starke Unterstützung notwendig	Unterstützung notwendig	nach Startphase nur bedingte Unterstützung

Quellen: Ministerium für Landwirtschaft Schleswig-Holstein 2006, Grunewald 2008; eigene Darstellung

Bis Ende 2008 sind 25 MarktTreffs gefördert worden, einige sogar mehrfach. Etliche der MarktTreffs sind betriebswirtschaftlich weiterhin Grenzbetriebe und einige haben bereits mehrere Betreiberwechsel hinter sich. Daher bedarf es nicht nur des Einsatzes der Betreiber, sondern vor allem auch der Bürger und der Kommunen, die Anlaufpunkte zu erhalten.

Aufgrund der vertraglichen Konstellation müssen die Kommunen ein starkes Eigeninteresse zur Aufrechterhaltung des MarktTreffs mitbringen.

Als besonders erfolgreich gelten MarktTreffs, in denen die Kombination verschiedenster Angebotsbereiche gut gelingt. Vor allem Betreiber mit vielen Standbeinen – Einzelhandel, Kleingastronomie, diverse Annahmedienste – wirtschaften erfolgreich. Hierbei ist die Qualifikation und Weiterbildung der Betreiber wichtig, um weitere Funktionen ausfüllen zu können. Hilfreich ist ferner die Einbeziehung öffentlicher Funktionen in das Zentrum, um die Kundenfrequenz auch für die privaten Dienste zu erhöhen. Vielfach werden in den Zentren Sprechstunden öffentlicher sowie karitativer Einrichtungen (von der Jugendhilfe bis zur Schuldnerberatung) abgehalten. Die Kopplung mit anderen Frequenzbringern wie Arztpraxen und Gesundheitsdienstleistern macht MarktTreffs zu neuen Dorfzentren.

Zur Historie sei erwähnt, dass die Idee für die MarktTreffs aus einer privaten Initiative von vier Frauen in dem Dorf Klein-Jörl entstand, die sich mit der Schließung des letzten Kaufmannsladen nicht abfinden wollten. Stattdessen übernahmen sie zunächst für einige Jahre in Eigenregie die Fortführung des Dorfladens. Das Modell überzeugte das Land Schleswig-Holstein von der Machbarkeit kleiner dörflicher Dienstleistungszentren.

*DORV = Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung*

Eine vollständig privatwirtschaftliche Initiative eines dörflichen Dienstleistungszentrums findet sich in Barmen, einem Dorf mit 1.400 Einwohnern, das zur Stadt Jülich in Nordrhein-Westfalen gehört. Idee und Realisierung von DORV sind dem Engagement eines kommunalpolitisch aktiven Lehrers sowie der Bürgervorsteherin zu verdanken, welche die Reduktion des Dorfes zum reinen „Schlafdorf“ nicht hinnehmen wollten und nach drei Jahren Vorbereitung im Jahr 2004 das DORV-Zentrum eröffnen konnten. Zur Zeit laufen Planungen für drei weitere dieser DORV-Zentren. Zudem berät der DORV-Initiator andere Initiativen mit Machbarkeitsstudien, deren Erträge wiederum der Finanzierung des DORV-Zentrums zugute kommen.

Das DORV-Modell beruht ähnlich wie das MarktTreff-Modell auf drei Säulen (Abbildung 5).

**Abb. 5: Säulen des DORV-Konzepts**

<b>Nahversorgung</b>	<b>Dienstleistungen</b>	<b>Sozial-Service-Station</b>
Grundversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs - Nahrungsmittel - Lebensmittel - Fleisch - Brot - Gemüse/Obst	- öffentliche Dienstleistungen (z.B. KFZ-Anmeldung) - halböffentliche (AOK, Sparkasse, Energieversorger) - private (Arzt, Reisebüro, Reinigung)	Sozial-Service - Freiwilligenzentrum - Sozialstation - Vereinsförderung

Quellen: Heinz Frey, mündlich 2008; www.dorv.de; eigene Darstellung

Ideeller Träger des Projektes ist der DORV-Trägerverein e.V., in dem viele Bürger Mitglied sind. Den geschäftlichen Bereich tragen zwei Unternehmen: Die DORV-Zentrum GmbH fungiert als Betreiber, die DORV-Partner GBR organisiert und verwaltet das Projektkapital. Trägerverein und Kapitalsammlung haben zu einer breiten Aktivierung und Einbindung der Bevölkerung beigetragen. Durch den Kauf von Anteilscheinen sind große Teile der Bürgerschaft nicht nur Nutzer, sondern auch zu Betreibern des Zentrums geworden. Insgesamt

konnten bei durchschnittlich 240 Kunden am Tag und einem aktuellen Jahresumsatz von etwa 400.000 € acht neue (Teilzeit-)Arbeitsplätze geschaffen werden.

Anders als im Modell MarktTreff stand nicht das Land mit Konzeptförderung und Investitionshilfen Pate. Zudem war es sehr schwierig, privates Kapital zu aktivieren, da die Kreditinstitute keine Kredite gewähren wollten. So blieb der Weg, Bürgerkapital zu gewinnen, die einzige Möglichkeit, das Konzept voranzutreiben. Hier konnten sowohl Anteilscheine gezeichnet als auch Privatkredite gegeben werden. Die Kapitalanteile der Bürger wirken als hohe Eigenmotivation, das „eigene“ Zentrum auch zu stützen.

Das Modell funktioniert dank verschiedener Erfolgskomponenten:

- Lebensmittelmarkt mit Fleischtheke
- Kooperation in allen Säulen mit starken Partnern (markant im Bereich Lebensmittel, AWO im Bereich Soziales)
- Ansiedlung einer Arztpraxis
- Bürgerkapital.

*Fazit:* Dorfzentren sind eine geeignete, aber voraussetzungsvolle Möglichkeit, die Lebensqualität in Dörfern und abgelegenen Regionen aufrechtzuerhalten oder wiederzugewinnen. Kluge Konzepte ermöglichen es, auch weitgehend ohne öffentliche Subventionen auszukommen. Zentral ist aber, die Bevölkerung zur aktiven Unterstützung des Dorfzentrums zu gewinnen, Abschöpfungsquoten von 15 bis 20 % sollten angestrebt werden. Die Bürgerbindung kann durch die Aktivierung von Bürgerkapital stärker erhöht werden als bei einer indirekten Bürgerfinanzierung über die Kommune.

## **6. Handlungsfeld öffentliche Infrastruktur**

Viele Bereiche der öffentlichen Infrastruktur stecken in dem Dilemma, einerseits immer höhere soziale, technische und ökologische Anforderungen erfüllen zu sollen, andererseits sich in schrumpfenden Regionen an eine rückläufige Einwohnerzahl anpassen zu müssen. Schon die bloße Betrachtung der Pro-Kopf-Kostenentwicklung bei gleichbleibendem Infrastrukturnetz, aber sinkender Nutzerzahl macht das Kostenproblem deutlich. Kostenremanenzen bestehen, weil Infrastrukturnetze und Infrastrukturbauten nicht stufenlos verkleinert und zurückgebaut werden können und der technische Bereich vielfach standortunabhängig betrieben werden muss. Es kommt hinzu, dass in vielen Bereichen eine geringere Nutzung sogar erhöhte Aufwendungen (etwa Spülungen im Abwassersystem aufgrund höherer Versandung) nach sich zieht.

Eine typische Lösung ist daher die Vergrößerung der Einzugsbereiche und Zentralisierung von Einrichtungen, um Größen- und Spezialisierungsvorteile zu erzielen (siehe oben). Gleichwohl gibt es zahlreiche Vorschläge und Beispiele für Möglichkeiten zur örtlichen Bedarfsanpassung durch Flexibilisierung und Dezentralisierung, welche sich sowohl im Bereich der technischen, der sozialen und Kommunikationsinfrastruktur finden lassen.

### *Technische Infrastruktur*

Zur technischen Infrastruktur zählen u.a. Straßen, Abwasserkanäle und Klärwerke, Wasserleitungen, Strom-, Wärme- und Gasversorgungsnetze und der öffentliche Verkehr. Rückbauten aufgrund rückläufiger Nachfrage sind in den leitungsgebundenen Systemen technisch aufwendig und kostspielig. Häufig ergibt sich erst am Ende der Abschreibungszeiträume beziehungsweise der Lebensdauer der Infrastrukturen oder bei Auslaufen von Konzessionsverträgen ein Fenster der Gelegenheiten, die Infrastruktur neu auszurichten.

Im Bereich Wasser sinkt der Verbrauch nicht nur aufgrund demographischer Faktoren, sondern auch wegen deutlich verringerter Pro-Kopf-Verbrauche – vor allem bedingt durch höhere Wassernutzungseffizienz bei Gebäudetechniken und Haushaltsgeräten. So geraten zentrale Systeme durch hohe Kosten für Verteilung und Instandhaltung der Netze erheblich unter Kostendruck. Gleichwohl können technische Innovationen zu verlängerten Lebensdauern wie zu dezentraleren Systemen dank neuer Brunnentechologie und neue Bohrverfahren beitragen, dazu treten Ansatzpunkte zur dezentralen Schließung von Wasserkreisläufen im Bereich der Wasseraufbereitung von Regenwasser und Abwässern (Grauwasser-Recycling, dezentrale Klärtechnik), die ein dezentrales Wassermanagement ermöglichen (UBA/BMU 2007).

In dünn besiedelten ländlichen Regionen wird auch ein Übergang zu veränderten Organisations- und Kostenmodellen eine Rolle spielen. Eine Anrechnung des Erschließungsaufwandes („Kostenwahrheit“) könnte die flächenhaften Einheitstarife auflösen, würde jedoch erhebliche räumliche Preisunterschiede bewirken. Die bisherige Aufteilung in (niedrigen) Grundpreis und verbrauchsabhängigen Mengenpreis ist bei hohen Fixkosten zu überdenken und könnte im Extremfall zur Einführung einer verbrauchsunabhängigen *flat rate* führen, obwohl dies Zielen der Ressourcenschonung widerspricht (Kluge/Scheele 2008).

Im Bereich der Strom- und Wärmeversorgung sind die Möglichkeiten zu dezentralen Lösungen in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Erneuerbare Energien aus Wind-, Solarkraft, Biomasse und Erdwärme sind dabei aufgrund technischer Entwicklungen, aber auch gezielter Förderung zu Alternativen der Versorgung in ländlichen Räumen geworden. Modelldörfer wie das Bioenergiedorf Jühnde (Landkreis Göttingen) zeigen die Machbarkeit der dezentralen Energieversorgung auf Basis nachwachsender Rohstoffe (Biomasse) auf.

Das Beispiel zeigt auch, dass die Umsetzung im Bereich von Nahwärmenetzen eine intensive Kommunikation mit den Bürgern erfordert, um möglichst hohe Anschlussdichten zu erreichen. Die Kommunikation kann dabei auch dazu genutzt werden, Bürgerkapital zu aktivieren und regionale Finanzierungen zu ermöglichen (z.B. Bürgerwindparks).

Neben kleinräumigen Lösungen treten immer stärker auch Bemühungen um kommunale und regionale Ansätze (siehe den Bundeswettbewerb „Bioenergie-Regionen“). Der Rückkauf der Leitungsnetze für Strom und Gas kann beim Auslaufen der Konzessionsverträge mit den großen Energieversorgungsunternehmen erfolgen, so hat z.B. Wolfhagen in Nordhessen das Stromnetz rekommunalisiert. Wo Gemeinden allein zu klein sind, bieten sich Zusammenschlüsse zu interkommunalen Stadtwerken an.

Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs führen geringe Auslastung und schwierige öffentliche Finanzierungsbedingungen zu immer schlechteren Anbindungen dünn besiedelter Gebiete. Trotz aller Verbesserung der großräumigen Vernetzung und Vertaktung sind ländliche Gebiete hier mehr und mehr abgehängt. Umso wichtiger werden flexible Bedien- und Organisationsformen, welche auf Bürgerengagement setzen. Zu erwähnen sind beispielsweise Bürgerbus-Systeme wie die Bürgerbusse Oberharz und Rehburg-Loccum, die beide bereits seit über zehn Jahren mit festen Fahrtrouten und –plänen bestehen. Eine Besonderheit im Oberharz ist die Verknüpfung mit der Universität Clausthal, so dass Studierende und Angestellte der Universität als jüngere Fahrer zur Verfügung stehen. Weitergehende Flexibilisierungen sind Anrufbusse und –taxis, die nach Bedarf und mit jeweils optimierter freier Streckenwahl fahren. Schließlich ist noch auf die Möglichkeit der bürgerschaftlichen Selbstorganisation von Mitfahrgelegenheiten oder von Einkaufsdiensten für weniger mobile Einwohner hinzuweisen, die z.B. über Mehrgenerationenhäuser oder Freiwilligenbörsen organisiert werden oder im einfachsten Fall als Nachbarschaftshilfe funktionieren.

### *Soziale Infrastruktur*

Zur sozialen Infrastruktur lassen sich alle Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung, der Schul- und Berufsschulbildung sowie der gesundheitlichen Versorgung zählen.

Ein gutes, möglichst ganztägiges Schul- und Kinderbetreuungsangebot ist genauso bedeutsam für die Menschen wie für die privatwirtschaftlichen Unternehmen ländlicher Regionen, um dieselben Entwicklungschancen zu besitzen wie zentraler gelegene Regionen. Das Vorhandensein von Schulen ist eines der stärksten Argumente für Familien mit Kindern, sich in ländlichen Räumen niederzulassen oder dort zu verbleiben. Insofern tragen auch Schulen indirekt zu einer ausgeglicheneren Altersstruktur und zur Verlangsamung des demographischen Wandels bei.

Aufgrund der starken Rückgänge der Altersgruppe unter 20 Jahren um bis zu 25 % bis zum Jahr 2020 in vielen ländlichen Regionen sind verstärkt flexible Anpassungslösungen gefragt. Hierzu gehört die wohnortnahe Bildung jahrgangsübergreifender Klassen in zumutbarer Entfernung, aber auch die Organisation und Kostenteilung des Transports. Zwergschulen sind seit längerem wieder in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein als Schullösungen akzeptiert. Manchenorts wird die Schule auch wieder mehr zu einem Lebensort, an dem auch andere kulturelle Veranstaltungen gebündelt werden (z.B. Medelby, Schleswig-Holstein). Die Nutzung bislang einseitig zweckgewidmeter Gebäude für vielfache Funktionen ist ein weiterer Weg, um Einrichtungen zu erhalten, Gebäude effizienter auszulasten und neue Bündelungen zu erreichen.

In weiterführenden Schulen und in Berufsschulen können höhere Anforderungen durch Fachlehrermobilität und elektronische Übertragungen des Fachunterrichts (e-learning) zumindest teilweise kompensiert werden, auch wenn dies bei weiter sinkenden Klassenstärken nur eine Übergangslösung darstellt. Gegen weitere Konzentrationen können nur besondere lokale Lösungen gesucht werden: Die Idee der dualen Ausbildung im Verbund mit einem ortsansässigen Unternehmen hat zur Rettung des schließungsbedrohten Gymnasiums in Heringen (Werra) geführt, wo nun Schüler gleichzeitig zum Fachabitur wie zum Chemisch-Technischen Assistenten geführt werden.

Auch die Gesundheitsversorgung in dünner besiedelten ländlichen Regionen sieht sich Konzentrationstendenzen aufgrund erhöhter Anforderungen an die medizinische Versorgung gegenüber. Auf der anderen Seite mehren sich die Fälle, dass Nachfolger für Landärzte schwer oder nicht zu finden sind. Auch Vorschläge zur Anhebung der Pensionsgrenze von Vertragsärzten stellen keine langfristig tragfähige Lösung dar. Nötig sind daher verbesserte Anreizstrukturen, um Hausärzte für die ländlichen Räume zu gewinnen, und der verstärkte Einsatz der Telemedizin (e-health). Ferndiagnosen, die telemedizinische Überwachung bei chronischen Erkrankungen, aber auch die rasche Verfügbarkeit von Patientendaten sind wichtige Möglichkeiten der Telemedizin. Ferndiagnosen ermöglichen die raschere Erstbehandlung bei akuten Erkrankungen, schaffen Verbindungen zu Fachkliniken und ermöglichen gezieltere Diagnosen aus der Distanz. Telemonitoring ermöglicht es Patienten mit chronischen Erkrankungen, im steten Kontakt mit der fachmedizinischen Betreuung zu stehen, ohne dafür das eigene Heim verlassen zu müssen.

### *Kommunikationsinfrastruktur*

Eine hochwertige Telekommunikationsinfrastruktur stellt eine immer wichtigere Voraussetzung zur Teilnahme an überregionalen Informationsströmen dar. Daher fordern Wirtschaft und Bevölkerung ländlicher Räume den Ausbau schneller Breitbandtechnologien, um die digitale Abspaltung vieler ländlicher Gemeinden zu beenden. Auch die EU-Kommission geht davon aus, dass der Breitbandanschluss mehr und mehr zu einem Universaldienst geworden ist (EU 2008). Seit 2008 ist nun auch die Förderung von

Breitbandanschlüssen für Gemeinden im ländlichen Raum durch die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) möglich. Viele Bundesländer haben den bescheidenen Budgetansatz der GAK mit eigenen Programmen ergänzt (z.B. Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein). Aber auch diese Budgets lassen ein rasches Schließen der digitalen Lücke nicht erwarten, immerhin ist ein Anfang gemacht, die digitalen Standortnachteile ländlicher Regionen aufzuheben. Auch hier sind Staaten mit längerer Erfahrung dünn besiedelter Regionen mit flächendeckender Breitbandversorgung weit voraus (Finnland, Schweden).

## **7. Aufwertung der Wohnattraktivität**

Auch schrumpfende ländliche Regionen haben Zukunftschancen – nicht nur durch aktives Anpassungsmanagement, wofür zuvor Ansatzpunkte gezeigt wurden. Sie haben auch Möglichkeiten, ihre Vorzüge wie Naturnähe, gute Umweltbedingungen, große Freiräume, attraktive Dörfer, niedrige Immobilienpreise etc. zu vermarkten und damit nicht nur Urlauber, sondern auch neue Dauerbewohner anzuziehen, welche die Negativseiten der Stadt vermeiden wollen (wie Überfüllung, Dichte, Kriminalität, schlechte Umweltbedingungen etc.).

In der strategischen Ausrichtung auf neue Bewohner lassen sich dabei folgende Zielgruppen identifizieren:

- Grundlegend können ländliche Räume ihre Wohnvorteile ins Spiel bringen. Die Wohnzufriedenheit ist – wie Befragungen zeigen – in ländlichen Regionen im Regelfall größer als in verdichteten Räumen. Als enger umrissene Zielgruppe können hier räumlich ungebundene Menschen angesprochen werden, welche den Standort ländlicher Raum wegen seiner Annehmlichkeiten bevorzugen („amenity migration“). Hierzu können freischaffende Kreative ebenso gehören wie ältere mobile Menschen oder Menschen, welche spezielle Vorstellungen vom Landleben, wie z.B. Wohnen mit Pferden, realisieren möchten.
- Eine zweite Strategie setzt auf junge Familien und junge Paare, welche bewusst eine ländliche Umgebung suchen, um Kindern naturnahe Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten. Viele dieser Familien erwarten allerdings ein Mindestangebot in den Bereichen Schulbildung und familiengerechte Kinderbetreuungsgebote (Roehricht/Kunz 2007).
- Eine dritte Strategie kann auf gewandelte Lebensstile und darauf basierende Wohnwünsche reagieren: Wer abseits dicht besiedelter Regionen in einer eher eigenbestimmten Lebens- und Arbeitswelt leben möchte (bis zum Einsiedlerdasein), kann in peripheren Regionen eine geeignete Umgebung finden. Hierauf setzen Künstlerdörfer, Ökodörfer oder auch die Bewegung citta slow.
- Viertens lassen sich auch ältere Menschen mit geeigneten Angeboten für ein Leben auf dem Lande gewinnen. Sie erwarten vor allem spezifische Betreuungsangebote und eine auf die unterschiedlichen Phasen der Alterung ausgelegte Infrastruktur. Die aktive dritte Lebensphase, in der Ältere eine wichtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Ressource darstellen, und die von Abhängigkeit, Gebrechlichkeit und Tod bestimmte vierte Lebensphase benötigen dabei unterschiedliche Angebote. So profiliert sich im Rahmen des Modells SeniorPolis (o.J.) in Ostfinnland die dortige, nur 1.500 Einwohner starke Kommune Ristijärvi als ideales Dorf für ältere Mitbürger, das für die unterschiedlichen Phasen geeignete Angebote bereithält (Tahvanainen 2008).
- Eine fünfte Perspektive setzt darauf, „Raumpioniere“ anzuziehen, welche bewusst preiswerte Häuser suchen und diese mit Eigenarbeit und Fachkenntnis sanieren. Sie üben eine Vorbildfunktion in ihrem neuen Umfeld aus und bewirken hier Nachahmungseffekte

(Roehricht/Kunz 2007: 29). Diese können bis in neue Themenfelder wie dezentrale Energieversorgung oder klimagerechtes Bauen reichen.

- Ein wiederum anderer Ansatz setzt darauf, eine Wiederbelebung ländlicher Siedlungen durch Ansiedlung benachteiligter Familien aus Städten zu betreiben. So lässt sich zum einen der zunehmende Umzug ausländischer Familien aus Großstadtquartieren mit spezifischen Isolationserscheinungen in Kleinstädte ländlicher Räume (Boos-Krüger 2005) beobachten. Zum anderen können benachteiligte Familien aus Städten mit hoher Arbeitslosigkeit gezielt ermutigt werden, die Stadt zu verlassen und in ländliche Gebiete umzuziehen. Diese Menschen können mit ihren Familien durch den Umzug auf das Land und das Betreiben einer kleinen Subsistenzlandwirtschaft deutlich günstiger leben und ihre Lebensverhältnisse verbessern. Diese Initiative läuft seit 1990 in Irland recht erfolgreich (Rural Resettlement Ireland: Connolly 2000).

Auch diese Strategien sind nicht voraussetzungslos. So erwarten junge Familien wohnortnahe Schulen, Kreative einen schnellen Internetzugang, Ältere eine ausreichende Grund- und Gesundheitsversorgung. Zudem kann nicht jedes Dorf alle Strategien gleichzeitig verfolgen. Daher bedarf es interkommunal abgestimmter Konzepte, welche Zielrichtungen der Strukturentwicklung und räumliche Schwerpunktbildungen festlegen. Bemerkenswert ist hier der Ansatz des Landes Hessen, nicht nur die ländliche Regionalentwicklung (ILEK, LEADER), sondern auch weitere, bisher rein lokal ausgerichtete Förderprogramme wie Stadtumbau West und die Dorferneuerung an die Vorlage integrierter überörtlicher Entwicklungskonzepte zu knüpfen. Damit sollen Ressourcenbündelung und Effizienz der Programme erhöht werden, aber auch für die Kommunen ergibt sich der Vorteil, nicht in neuen unrentierliche Konkurrenzstrategien zu investieren.

Vielfach versuchen ländliche Kommunen in einem schrumpfenden Umfeld noch immer durch die Ausweisung neuer Baugebiete und verschiedene Subventionen für Neubürger zu punkten. So werden Grundstücke verschenkt, Erschließungskosten auf die Allgemeinheit aller Bürger umgelegt oder „kommunale Eigenheimzulagen“ gewährt. Gleichzeitig fallen aber in den Innenbereichen Häuser brach, da es für sie keinen Markt gibt. Derart ruinöser Wettbewerb führt zu weiterer Zersiedlung und Dispersion der Nachfrage und beschleunigt die Negativspirale der Schrumpfung, da die Ortskerne durch eigene Vorgaben weiter ausgetrocknet werden.

Stattdessen sollten die oben genannten Grundsätze der Konzentration und Bündelung zur Anwendung kommen. Auf lokaler Ebene ist hier auf die Stärkung der Kerne, die Bebauung von Lücken im Innenbereichs sowie die Attraktivierung des Wohnumfeldes und Schaffung neuer Freiräume zu setzen.

## **8. Impulse für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung**

Schrumpfende ländliche Räume sehen sich schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen gegenüber: So beinhaltet die rückläufige Einwohnerzahl einen deutlichen Nachfrageausfall vor Ort, die Alterung bewirkt zudem Verschiebungen in der Nachfragestruktur. Ferner hält der Trend zur Konzentration von Wirtschaft, Bildung und Arbeitsplätzen in den verdichteten Zentren an (Bräuninger u.a. 2008). Die Benachteiligung im Bereich der physischen wie der elektronischen Erreichbarkeit beschleunigt diesen Trend. Gleichwohl muss die Wirtschaftsentwicklung peripherer ländlicher Räume nicht quasi-automatisch mit den negativen Vorzeichen der demographischen Entwicklung einhergehen. Chancen ergeben sich durch landschaftliche Attraktivität, durch innovative Projekte und durch gezielte Förderung der Beschäftigungs-, Wissens- und Vernetzungspotentiale

*Attrahierung von Gästen und neuen Bewohnern*

Chancen zur Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung ergeben sich aus der jeweiligen landschaftlichen Attraktivität. Diese lässt sich touristisch in Wert setzen, bietet aber auch Potentiale in den Nischen, die im Bereich Wohnattraktivität genannt wurden. Mit guten Wohn- und Arbeitsbedingungen lassen sich Freiberufler und Dienstleister, welche nicht auf die physische Nähe einer Stadt angewiesen sind, für die Ansiedlung in ländlichen Räumen gewinnen (sofern die Breitbandkluft überwunden ist). Der Zuzug von Senioren in ländliche Umgebungen ist ein wachsender Markt, der vor allem neue Serviceleistungen auslöst (vom Handwerk bis zu den persönlichen Diensten).

Auch die „Bilbao-Strategie“ der Aufwertung von Städten durch ikonographische Gebäude lässt sich in der ländlichen Peripherie verwirklichen: Attraktive Architektur zieht Besucher in abgelegene Täler wie z.B. zur Therme nach Vals in Graubünden oder zur Feldkapelle bei Wachendorf in die Eifel. Dabei wird häufig moderne Architektur mit traditionellen Baustoffen der Region verknüpft, so dass Kreislaufeffekte in der Region entstehen (Beispiel Bregenzerwald).

#### *Innovative Projekte als Beschäftigungsimpuls*

Innovative Lösungen im Bereich der technischen Infrastruktur lösen weitere wirtschaftliche Impulse aus. So sind Dörfer wie Jühnde oder das Solardorf Alheim (Kreis Hersfeld-Rotenburg) heute zu Besuchsdörfern für dezentrale Energiekonzepte geworden und exportieren Wissen. Dies Rezept gilt für alle innovativen technischen Anpassungslösungen unter den besonderen Bedingungen dünn besiedelter ländlicher Räume. Je stärker dabei auch örtliche Entwicklungs- und Produktionsleistungen einbezogen oder neu entfaltet werden können, desto höher fällt auch der regionale Anteil der Wertschöpfung aus. Hier ist an die österreichische Solarstrategie zu erinnern, dass es regionalökonomisch sinnvoller ist, erst die lokalen und regionalen Anbieter in neuen dezentralen Technologien zu schulen, bevor Investitionen getätigt werden.

#### *Gezielte Förderung der Beschäftigungs- und Wissenspotentiale*

Die Qualifikation der Beschäftigten wird immer mehr zu einem Engpassfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. In einer rasch alternden Gesellschaft hängt die Entwicklung auch bestehender Unternehmen in ländlichen Räumen von ihren Aktivitäten zur Sicherung des Zustroms an Arbeitskräften und Wissenspotentialen ab. Deshalb suchen zukunftsorientierte Unternehmen zunehmend die Kooperation untereinander (Ausbildungsverbund) und die Zusammenarbeit mit Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Duale Ausbildung, Kooperationsverträge, Spezialisierung der Schulen auf die Bedarfe der regional ansässigen Unternehmen sind Maßnahmen, die mehr und mehr ergriffen werden, um den quantitativen Bedarf zu befriedigen, das Qualifikationsniveau zu verbessern und die Bindung an die Unternehmen vor Ort zu erhöhen. Einige Unternehmen fördern die Mobilität ihrer Mitarbeiter durch internationale Kooperationen oder Austauschprojekte (z.B. auch von Berufsschulen) und nutzen den so entstehenden Erfahrungs- und Wissenszuwachs.

Der Rückgang des Arbeitskräftereservoirs erfordert Maßnahmen zur Erschließung von Arbeitskraftreserven. So können die Möglichkeiten für Frauen, eine Berufstätigkeit ausüben zu können, durch verbesserte Kindertagesbetreuung und flexible Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltungen erhöht werden. Senioren können durch geeignete Anreize, durch Angebote zum lebenslangen Lernen und flexible Gestaltung von Beschäftigungsbedingungen als Zukunftspotential in Beruf und Ehrenamt gewonnen werden. Unterstützung finden diese Aktivitäten durch die koordinierte Zusammenarbeit zwischen Betrieben und öffentlichen wie privaten Anbietern etwa in Bündnissen für Familie und lebenslanges Lernen.

## *Wertschöpfungskreisläufe*

Die Arbeitsmarkt- und Qualifikationsproblematik zeigt an, dass ländliche Räume in Zukunft noch enger ihre Potentiale bündeln müssen. Die sich daraus ergebende enge Kommunikation zwischen unterschiedlichen Akteuren schafft auch Möglichkeiten, Wertschöpfungsprozesse in der Region voranzubringen. Zahlreiche Beispiele zeigen die Möglichkeiten der stärkeren regionalen Verflechtung von Unternehmen auf, viele setzen bei der Urproduktion der ländlichen Räume an – wie z.B. Forst-Holz-Ketten oder die Kette von der Biomasse bis zur Biogastankstelle in Jameln (Wendland). Verlässlichkeit und Nähe sind dabei wichtige Faktoren, welche Unternehmenskooperationen erst möglich machen – die Kommunikation zwischen den Akteuren kann dabei durch ein Regionalmanagement gezielt vorangebracht werden.

## **9. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung**

Wirtschaftsentwicklung, Infrastrukturen und Lebensqualität bedingen sich gegenseitig. Für die Stabilisierung und Entwicklung peripherer ländlicher Räume ist nicht entscheidend, alle Qualitäten urbanen Lebens nachzuahmen, sondern nötig, lokal- und regionalspezifische Lösungen zu finden. Dabei sollte deutlich geworden sein: Eines schickt sich nicht für alle. Nur mit gezielten und spezifischen Ansätzen ist es möglich, auch in schrumpfenden ländlichen Räumen Perspektiven für ein „gutes Leben“ zu verwirklichen. Die Ziele könnten dabei lauten: Infrastrukturbasiert, menschenorientiert, kreislaufnutzend, dezentral, auf Nähe und kurze Wege ausgerichtet, umweltgerecht, klimaschonend und chancensuchend. Die Umsetzung erfordert das Zusammenwirken aller Akteure im konstruktiven Mix von Privatwirtschaft, öffentlicher Hand und bürgerschaftlichem Engagement. Die angeführten Beispiele zeigen: Auch die Peripherie hat neue Ideen für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft beizusteuern.

## **Literatur**

- Aring, J. / M. Sinz (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland. Modernisierung der Raumordnungspolitik im Diskurs. In: *disp* 165, S. 43-60
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg. Berlin
- Blöchliger, H. 2006: Baustelle Föderalismus. Zürich
- Blotevogel, H.-H. (2005): Zentrale Orte. In: ARL (=Akademie für Raumforschung Landesplanung) (Hrsg.) 2005: Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, S. 1307-1315
- BMBau (=Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (Hrsg.) (1990): Nachbarschaftsladen 2000 und Teleservicecenter für den ländlichen Raum. Bonn-Bad Godesberg
- BMBau (Hrsg.) (1995): Nachbarschaftsladen 2000 als Dienstleistungszentrum für den ländlichen Raum. o.O.
- BMVBW (=Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen) / BBR (Hrsg.) (2005): Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel. Berlin/Bonn
- Boos-Krüger, A. (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. In: Schader-Stiftung u.a. (Hrsg.): *Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt*. Darmstadt, S.407-444
- Brake, K. (2007): „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und Wirkungskräfte der Raumstrukturierung. Zum Umgang mit einer Programmatik zu Zeiten von Globalisierung. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 65. (2007), S. 175-185

- Bräuninger, M.; Schlitte, F.; Stiller, S.; Zierahn, U. (2008): Deutschland 2018 – Die Arbeitsplätze der Zukunft. Regionen im Wettbewerb. Faktoren, Chancen und Szenarien. Frankfurt/Main
- Breuer, P. et al. (2007): Convenience: Tante Emma kehrt zurück. In: *akzente* 2/2007, S. 8-15
- Connolly, J. (2000): The Irish Way to Rural Resettlement. – In: *LEADER Magazine* nr. 22, S. 7-10
- Egger, Th. (2007): Die Neue Regionalpolitik – einige Konsequenzen. In: *Montagna* 2007, Heft 7, S. 6-7
- EU-Kommission (2008): Mitteilung der Kommission über die zweite regelmäßige Überprüfung des Umfangs des Universaldienstes in elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten gemäß Artikel 15 der Richtlinie 2002/22/EG. KOM(2008) 572 endgültig. Brüssel
- Graham, S.; Marvin, S. (2001): *Splintering Urbanism. Networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition.* London, New York
- Grunewald, Th. (2008): *Das MarktTreff-Modell. Einheit durch Vielfalt.* O.O.
- Hahne, U. (2005): Zur Neuinterpretation des Ziels der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 63. (2005), S. 257-265
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Technologie und Europaangelegenheiten (Hrsg.) (1994): *Der Nachbarschaftsladen: Alles unter einem Dach!* Wiesbaden
- Hüttl, R.F.; Bens, O.; Plieninger, T. (Hrsg.) (2008): *Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Norddeutschlands.* Berlin
- Kluge, Th.; Scheele, U. (2008): Von dezentralen zur zentralen Systemen und wieder zurück? Räumliche Dimensionen des Transformationsprozesses in der Wasserwirtschaft. In: Moos et al. 2008, S. 143-172
- Koziol, M. et al. (2006): *Stadtumbau Ost – Anpassung der technischen Infrastruktur. Erkenntnisstand, Bewertung und offene Fragen.* BBR, Werkstatt: Praxis 41. Bonn
- Leunig, T.; Swaffield, J. (2007): *Cities Unlimited. Making urban regeneration work.* – London
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2006): *MarktTreff – Lebendige Marktplätze im ländlichen Raum.* Handbuch. Kiel
- Moss, T. (2008): „Cold spots“ stadtechnischer Systeme. Herausforderungen für das moderne Infrastruktur-Ideal in schrumpfenden ostdeutschen Regionen. In: Moss et al. 2008, S. 113-140
- Moss, T.; Naumann, M. ; Wissen, M. (Hrsg.) (2008): *Infrastrukturnetze und Raumentwicklung. Zwischen Universalisierung und Differenzierung.* Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung 10. München
- OECD (2008): *Innovative service delivery. Meeting the challenges of rural regions.* OECD Rural Policy Conferences: Key Messages. Cologne
- Perspektive-Deutschland (2006): *Projektbericht Perspektive-Deutschland 2005/06.* Düsseldorf.
- Priebs, A. (1990): *Dorfbezogene Politik und Planung in Dänemark unter sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.* Kieler Geographische Schriften 75. Kiel
- Quiogue, N.C. (2005): *Diverging and Converging: A Comparative Analysis of Norwegian and Swedish Regional Policies.* In: *Journal of Nordregio*, Stockholm, 5 (2005)2, S. 13-18
- Regeringens proposition (2001): *En politik för tillväxt och livskraft i hela landet.* Prop. 2001/02:4. Stockholm
- Roericht, U.; Kunz, A. (2007): *Bewertung der Nachhaltigkeit ländlicher Entwicklung in Bezug auf die Ansiedlung junger Familien in ländlich geprägten Dörfern des*

- Freistaates Sachsen. Schriftenreihe der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft.  
Heft 32. Dresden
- SeniorPolis (o.J.): A Unique Finnish Concept for Senior Citizens. [www.seniorpolis.com](http://www.seniorpolis.com)  
(Zugriff: 7.12.2008)
- Simmen, H.; Walter, F.; Marti, M. (2006): Den Wert der Alpenlandschaften nutzen. Synthese  
IV „Raumnutzung und Wertschöpfung“ des NFP 48. Zürich
- Tahvanainen, T. (2008): The option to get old – Need to be innovative. Innovative strategies  
for healthcare and social service delivery. Contribution to OECD 2008. Cologne  
Innovative strategies for healthcare and social service delivery
- Thrun, Th. (2003): Handlungsansätze für ländliche Regionen mit starkem  
Bevölkerungsrückgang. In: Informationen zur Raumentwicklung. S. 709-717
- UBA (=Umweltbundesamt); BMU (=Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und  
Reaktorsicherheit) (Hrsg.) (2007): Wirtschaftsfaktor Umweltschutz. Vertiefende  
Analyse zu Umweltschutz und Innovation.
- UN (2008): World Population Prospects. The 2007 Revision. New York